

rtv
www.rtv.de

Jeden Dienstag in Ihrer HAZ!
Das volle TV-Programm für die ganze Woche.

Hannoversche Allgemeine
Hannoversche satte Seite

www.haz.de

Hannoversche Allgemeine

www.haz.de

Dienstag, 13. November 2012

Z E I T U N G

Nr. 266 • 46. Woche • Preis 1,40 €

HANNOVERSCHER ANZEIGER VON 1893



Ungebremster Erzähltrieb:
Olli Dittrich spricht im Aegi-Theater über das wirklich wahre Leben / **S. 7**

Zur Lagebesprechung:
Hannovers Polizeichefs blicken im HAZ-Interview auf ihr erstes Jahr / **S. 15**

Viele Fragezeichen:
Bundestrainer Joachim Löw muss Vertrauen zurückgewinnen / **S. 22**



Laufen für die Laune

Was tun gegen Wintermüdigkeit und schlechte Stimmung an kurzen Tagen? Gerade jetzt, so raten Mediziner, ist Sport an der frischen Luft das richtige Mittel. Die 100 Männer und Frauen der HAZ-Läuf-

fergruppe machen in jedem Fall alles richtig. Sie starten am Maschsee ihr Trainingsprogramm. Mit optimal abgestimmten Schritten und einem Ziel: den Hannover-Marathon am 5. Mai 2013. ▶ Seite 22

EuroTier

Armes Schwein

VON CAROLA BÖSE-FISCHER

Wer in diesen Tagen über die EuroTier geht, der sieht kein Schwein oder Huhn. Auf der weltgrößten Messe für Tierhaltung geht es zwar um sie, aber genau genommen vor allem um ihre Leistung als Lieferanten von Schnitzeln, Brustfilets oder Eiern. Deren Optimierung dienen genetische Veränderungen und Hightech-Apparate, die in Hannover gezeigt werden – vom vollautomatischen Melkkarussell über Monitoring-Systeme zur Überwachung des Fress- und Ruheverhaltens bis hin zur computergesteuerten Gruppenhaltung für Sauen.

Immer ausgefeilter werden die Techniken für die Massentierhaltung, damit Rinder und Schweine, Hühner und Puten nach kurzer Intensivmast möglichst gesund auf der Schlachtbank landen. Nur dann lässt sich damit Geld verdienen.

Fleischkonsum steigt rasant

Mit traditioneller Landwirtschaft, die viele Verbraucher im Kopf haben, wenn sie ein Steak essen, hat das nichts mehr zu tun. Früher nannte der Bauer seine Kühe beim Namen und täschtelte ihr Fell. Heute hat ein Landwirt dafür keine Zeit mehr, weil er Tausende Masthühner oder Hunderte Rinder „managen“ muss. Die Tiere haben einen Chip im Ohr, auf dem alle Daten wie Herkunft und Rasse gespeichert sind. So behält der Landwirt Überblick und Kontrolle im Stall.

Ohne industrielle Tierhaltung kann die Ernährung von immer mehr Menschen auf dem Globus mit Fleisch nicht bewerkstelligt werden. So lautet die simple Logik von Tierhaltungsprofis, Schlachtfirmen, Agrarlobbyisten und der Industrie, die dafür das nötige Instrumentarium liefert. Dabei dürfte auch jedem Laien klar sein, dass alle zusammen auch das wollen: ihren Profit mehren.

Die Massentierhaltung ist ein Milliardengeschäft. Die Märkte boomen, weil der Fleischkonsum rasant steigt. Vor allem in Ländern wie China, wo eine zahlungskräftige Mittelschicht heranwächst, nimmt die Nachfrage zu. Reis essen die Armen, Fleisch die neuen Reichen. Das sind die Märkte, die die Agrarbranche, besonders die deutsche, mit Hähnchenbrust und Schweinebraten erobern will.

Doch das Geschäft wird schwieriger. Wo hierzulande Mastställe und Fleischfabriken – mit Unterstützung aus öffentlichen Kassen – hochgezogen werden, schießen Bürgerinitiativen wie Pilze aus dem Boden und schließen sich zu Netzwerken zusammen. Immer mehr Menschen haben die Massentierhaltung „satt“ – und protestieren dagegen.

Ihre Kritik ist nicht von der Hand zu weisen – etwa an der Quälzucht von Hühnern und Puten, um immer mehr Ertrag aus ihnen herauszuholen. Kein Tier ist so „durchindustrialisiert“ wie das Masthuhn. Das ist das Ergebnis sogenannter genetischer Innovationen: Weil das Huhn der effizienteste Futtermittelverwerter ist, wächst es in kürzester Zeit und setzt dabei vor allem viel Brustfleisch an – so viel, dass das Skelett bei dem Turbowachstum der Muskeln nicht mitkommt und deformiert wird. Sind Hühner oder Puten schlachtreif, können sie kaum noch frei stehen oder laufen.

Der Widerstand der Kritiker gegen die Tierquälerei im Maststall ist inzwischen so groß, dass die Politik ihn nicht mehr ignorieren kann. In Niedersachsen, dem Mekka der Massentierhaltung, hat Agrarminister Gert Lindemann darauf mit einem Tierschutzplan reagiert. Damit will er der Tierhaltung wieder „gesellschaftliche“ Akzeptanz verschaffen. So sollen etwa das schmerzhaft Kupieren von Schweineschwänzen zur Verhinderung von Kannibalismus im Stall und das Schnabelkürzen bei Legehennen und Puten ein Ende haben. Bis es wirklich dazu kommt, dürften allerdings Jahre ins Land gehen. Der Verdacht liegt nahe, dass der Tierschutzplan nur als Beruhigungspille für kritische Bürger gedacht ist.

Tierwohl auf der Agenda

Die lassen nicht locker. Das hat sogar die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft (DLG) erkannt, die sich als Motor des Fortschritts in der Landwirtschaft versteht. Erstmals hat die DLG als Veranstalterin der Hightech-Messe für die Tierhaltung das Thema „Tierwohl“ auf die Agenda gesetzt.

Selbst wenn die DLG die Landwirte wirklich überzeugen will, mehr für das Wohlbefinden ihrer Tiere – durch weniger Stress und damit weniger Krankheiten und weniger Antibiotika im Stall – zu tun, ist es fraglich, ob das gelingt. Denn in der Konsequenz bedeutet dies mehr Platz für Huhn und Schwein – und weniger Gewinn für den Landwirt. Die Bereitschaft dazu wird so lange gering sein, wie Konsumenten Fleisch als Billigprodukt kaufen wollen – und ausblenden, was ein Brathähnchen in seinem kurzen Leben erlitten hat.

HEUTE IN DER HAZ

37-Jähriger unter Verdacht

Hannover: Der 37-jährige Deniz A. steht unter dem dringenden Verdacht, die Rentnerin Christa H. erschlagen zu haben. Die Polizei nahm den Drogenabhängigen bereits am Freitag fest. Er streitet die Tat bislang vehement ab. Allerdings stellte die Kripo am Tatort ein Haar des Verdächtigen sicher. **Seite 13**

14 Monate ohne Dusche

Hannover: Ein Seniorenpaar aus der List sitzt sprichwörtlich auf dem Trockenen. Der Vermieter, die Deutsche Annington, hat es in 14 Monaten nicht geschafft, Wasserleitungen zu reparieren. **Seite 13**

Pendler müssen Bus fahren

Niedersachsen: Die Bergung des im Oldenburger Bahnhof entgleisten Zuges dauert länger als erwartet. Bahnreisende müssen noch bis heute mit Verkehrsbehinderungen rechnen. **Seite 5**

ADAC kritisiert Parkhäuser

Welt im Spiegel: Zu eng und zu dunkel: Bei einem ADAC-Test ist jedes vierte Parkhaus durchgefallen. Von 40 Großgaragen in zehn Städten konnte keine ein „sehr gut“ erreichen. **Seite 8**

Dax 7168,76 (+ 5,26)

Dow Jones (Schluss) 12815,16 (- 0,23)

Euro (EZB) 1,2735 (Freitag: 1,2694) Dollar

Ultimatum für Slomka

Sport: Hannover 96 will im Vertragspoker mit Mirko Slomka Klarheit. Bis Weihnachten soll sich der Trainer entscheiden, ob er bei den „Roten“ bleibt. **Seite 21**

Hannoversche Allgemeine



Ihre neue Zeitung auf dem iPad – heute unter anderem:

- Mit Selbstvertrauen: Wie Rollstuhlfahrer lernen, sich zu wehren.
- Leseprobe: Der neue Roman von „Wolkenatlas“-Autor David Mitchell.

Rätsel	Seite 7, 18
Börsen & Märkte	Seite 10
Roman	Seite 14
Familienanzeigen	Seite 18
Leserbriefe	Seite 18
ZiSH	Seite 19
Medien / TV	Seite 23
Täglich (fast) alles	Seite 24

10° Nach Auflösung von Frühnebelfeldern wird es meist freundlich. Der Wind weht schwach aus Süd. **Seite 24**

Postanschrift: 30148 Hannover
Redaktion: (05 11) 5 18-0
Kleinanzeigen Privatkunden: 08 00-1 23 44 01*
Kleinanzeigen Geschäftskunden: 08 00-1 23 44 02*
Telefax Kleinanzeigen: 08 00-1 23 44 10*
Abonnenten-Service: 08 00-1 23 43 04*
Internet: www.haz.de
*Kostloser Servicenummer.



Europäer geben Athen mehr Zeit – und mehr Geld

Troika gestattet Griechenland zwei Jahre Aufschub beim Sparen

VON MARION TRIMBORN UND DETLEF DREWES

Brüssel/Lissabon. Griechenland darf auf Rettung in letzter Minute hoffen. Das krisengeschüttelte Land soll zwei Jahre mehr Zeit zum Sparen bekommen. Das haben die internationalen Geldgeber der Troika vorgeschlagen. „Der Troika-Bericht ist im Grundton positiv, weil die Griechen ja wirklich geliefert haben“, sagte Euro-Gruppenchef Jean-Claude Juncker. „Deshalb ist es jetzt auch an der Zeit, dass wir liefern.“

Am Montagabend berieten die EU-Finanzminister in Brüssel über die Vorschläge der Troika – also der Geldgeber aus EU-Kommission, Internationalem Währungsfonds (IWF) und Europäischer Zentralbank (EZB). Vom Bericht dieser Expertengruppe hängt seit Monaten das weitere Schicksal Griechenlands ab. Athen hatte jüngst mit der parlamentarischen Billigung eines Spar- und Reformpakets sowie der Verabschiedung

eines weiteren Sparhaushalts für 2013 eine Voraussetzung für die Hilfen beschlossen. Die Euro-Partner sind fest entschlossen, das Land nicht pleitegehen zu lassen.

Konkret geht es um die Auszahlung der nächsten Kredittranche von 31,5 Milliarden Euro. Bevor das Geld bereitgestellt wird, soll es allerdings noch ein EU-Sondertreffen geben. Vor einem bindenden Beschluss müssen mehrere nationale Parlamente zustimmen – darunter der Bundestag. „Es gibt auch noch parlamentarische Prozeduren, die es zu beachten gilt, nicht nur in Deutschland“, sagte Euro-Gruppenchef Juncker. An den Finanzmärkten wurde der Vorschlag der Troika mit Erleichterung aufgenommen, der Euro gewann am Montag leicht hinzu.

Das aktuelle Hilfsprogramm von 130 Milliarden Euro läuft bis 2014 – diese Frist würde nach dem derzeitigen Szenario bis 2016 verlängert. Die Finanzierungslücke beziffert die Troika allein

für die kommenden beiden Jahre auf 20,7 Milliarden Euro – insgesamt könnten es laut Schätzungen rund 30 Milliarden Euro sein. Der Staatsbankrott droht schon bald, da Griechenland bereits am 16. November alte Schulden bedienen muss.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) verteidigte die schwierigen Reformen bei verschuldeten Euro-Partnern trotz heftiger Proteste. „Es geht nicht um Sparprogramme als Selbstzweck“, sagte Merkel bei einem Kurzbuch in Portugal. Die niedersächsische Grünen-Abgeordnete Viola von Cramon lobte die Sparbemühungen der Griechen. „Mehr kann man nicht verlangen“, sagte die EU-Expertin, die zurzeit zu Gesprächen in der griechischen Hauptstadt Athen weilt, der HAZ. Allerdings müsse man nun verstärkt strukturelle Reformen angehen.

► Kommentar Seite 2
► Merkels Euro-Mission Seite 3

Chinas KP stellt neue Führung vor

Peking (afp). Die Kommunistische Partei Chinas will am Donnerstag ihre neue Führung vorstellen, wie am Montag von Parteivertretern in Peking verlautete. Es wird weithin erwartet, dass der bisherige Vizepräsident Xi Jinping die Nachfolge von Staatschef Hu Jintao an der Parteispitze antreten wird. Vize-Regierungschef Li Keqiang dürfte den amtierenden Ministerpräsidenten Wen Jiabao beerben. Die Personalien Xi und Li sollen im März vom Volkskongress abgepickt werden. Die beiden Politiker werden voraussichtlich zehn Jahre ihre Spitzenämter bekleiden.

Deutschland erneut im Menschenrechtsrat

Berlin (kna). Deutschland ist ab Januar 2013 erneut für drei Jahre Mitglied im UN-Menschenrechtsrat. Wie das Auswärtige Amt am Montag in Berlin mitteilte, setzte sich Deutschland bei der Wahl in der Generalversammlung der Vereinten Nationen mit 127 von 193 Stimmen durch. Ebenfalls gewählt wurden die USA und Irland. Daneben hatten auch Griechenland und Schweden für die drei frei werdenden Sitze im Zeitraum 2013 bis 2015 kandidiert. Deutschland war bereits von 2006 bis 2009 Mitglied des Rats und damit in der Gründungsformation vertreten.

Grünen-Chefin Roth tritt wieder an

Berlin (rtr). Nach der Aufstellung ihrer Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl sind die Grünen an einer quälenden Führungsdebatte vorbeigeschrammt. Parteichefin Claudia Roth kündigte an, dass sie trotz ihrer Niederlage bei der Mitgliederbefragung beim Parteitag am kommenden Wochenende erneut für den Vorsitz kandidieren werde. Bei einer anderen Entscheidung hätten die Grünen beim Delegiertentreffen in dieser Woche in Hannover nach einer neuen Chefin suchen müssen.

► Roth im Zuckersturm Seite 4

Erntedank mit bösen Folgen

Kritik an der Massentierhaltung in der Predigt? Eine Umfrage des Landvolks löst heftige Irritationen aus

VON MICHAEL B. BERGER

Einem Ochsen, der drischt, sollst du nicht das Maul verbinden“, heißt es im 5. Buch Mose. Bei Pfarrern, die sich in ihren Predigten kritisch mit der industriellen Landwirtschaft auseinandersetzen, sind Maulkörbe nicht sonderlich beliebt. Für Irritationen sorgt die jüngste Umfrage des Landvolkverbandes. Der Interessenverband der Landwirte in Niedersachsen ermuntert seine Mitglieder, „ungerechte und überzogene Kritik“ an der industriellen Landwirtschaft doch weiterzumelden. Die Grünen sprechen von „Denunziation“. Das sei „eine ungläubliche Entgleisung“, zürnt der Abgeordnete Christian Meyer. Vor einer Woche erschien die Bitte des Landvolkverbandes, der 70 000 Mitglieder hat, in seinem Wochenblatt. „Im Rahmen von Erntedankgottesdiensten hat es in den vergangenen Wochen un-

sachliche, teilweise harsche Kritik an den Produktionsmethoden der modernen Landwirtschaft und hier wiederum der Veredelung gegeben“, heißt es. In einem Fall seien sogar „unrichtige“ Darstellungen der Tierrechtsorganisation Peta verwendet und in einem anderen Fall sei der Gedanke des Erntedanks grundsätzlich infrage gestellt worden. Man möge doch bitte per E-Mail an den Verband weitermelden, wenn „es in Ihrem Umfeld“ überzogene Kritik gegeben habe. Schließlich sei man mit dem Landesbischof Rolf Meister zu Jahresbeginn 2013 verabredet. Der hatte Anfang des Jahres selbst an einem „Kreuz-

weg der Schöpfung“ vor einem Massenschlachthof in Wietze teilgenommen – nicht zur Freude aller Bauern. „Das war doch kein Aufruf zur Denunziation“, sagt Gabriele von der Brellie, Sprecherin des Landvolkes. „Es geht nicht darum zu erfahren, was Pastor A aus der Gemeinde B gesagt hat.“ Die Umfrage solle klären, ob die Kritik an der Landwirtschaft wirklich gerechtfertigt sei. „Wenn jemand nachfragt, fahren eure Schulbusse pünktlich, regt sich doch auch keiner auf“, meint die Landvolk-Sprecherin. Dem Verband gehe es „nicht um den Pranger, sondern um die inhaltliche Auseinandersetzung“. Für die hat die

Kirche extra einen Pfarrer abgestellt: Karl-Heinz Friebe vom Kirchlichen Dienst in der Landwirtschaft. „Ich fand den Aufruf nicht gut“, sagt der Pastor. Sicher, durch die Massentierhaltung sei die Landwirtschaft „ein polarisierendes Thema, bei dem die Bauern in ihren Dörfern manchmal mit dem Rücken zur Wand“ stünden, sagt Friebe. Ein gewisses Verständnis für die Gerechtigkeit hat er. „Aber die Kirche ist keine Interessensvertretung des Landvolks.“ Der Grüne Christian Meyer verlangt jetzt eine Entschuldigung und fordert die Landesregierung auf, die Kooperation mit dem Verband einzustellen. Agrarindustrie-Kritiker Eckehard Niemann meint, das Landvolk habe sich mit dieser Aktion selbst geschadet. Er hat auch einen Bibelspruch parat, er stammt aus dem Buch der Sprüche: „Der Gerechte erbarmt sich seines Viehs, aber das Herz des Frevlers ist unbarmherzig.“

